

**Universitätsstadt Tübingen**  
Oberbürgermeister  
Boris Palmer, Telefon:07071-204-1200  
Gesch. Z.: 00/ Oberbürgermeister

Vorlage 135a/2018  
Datum 26.04.2018

## Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

---

<b>Betreff:</b>	<b>Auswertung der Befragung zur Sicherheit in Tübingen</b>
Bezug:	Vorlagen 338/2017, 821/2017, 58/2018, 135/2018, 181/2018
Anlagen: 1	Auswertung

---

### **Zusammenfassung:**

Die Befragung zum Sicherheitsgefühl zeigt, dass die große Mehrheit der Befragten die Sicherheitslage in Tübingen positiv bewertet. Dies geht mit den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik einher, die zeigt, dass die Sicherheitslage in Tübingen im Vergleich mit anderen Städten sehr positiv ist.

Jedoch zeigt die Befragung auch, dass die Menschen in Tübingen einen Teil ihres bisher sehr großen Sicherheitsgefühls verlieren. Aus Sicht der Verwaltung besteht daher Handlungsbedarf. Die Prävention soll gestärkt werden, mit Hilfe konkreter Maßnahmen soll die Sicherheit verbessert und das Sicherheitsgefühl der Menschen gestärkt werden.

### **Ziel:**

In der Vorlage wird die Befragung zum Sicherheitsgefühl ausgewertet und es werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

## Bericht:

### 1. Anlass / Problemstellung

Die Stadtverwaltung hat die Ergebnisse der Umfrage zur Sicherheit in Tübingen im Verwaltungsausschuss am 19.03.2018 mit Vorlage 135/2018 vorgelegt. Mit diesem Bericht stellt die Verwaltung ihre Auswertung der Daten, verbesserte und ergänzte Ergebnisgrafiken und erste Schlussfolgerungen vor.

### 2. Sachstand

#### 2.1. Methodik und Repräsentativität

Die Verwaltung hat aus dem Einwohnermelderegister nach dem Zufallsprinzip 1.018 Personen ausgewählt, die mindestens zwei Jahre in Tübingen wohnhaft waren. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Frage nach einer Veränderung des Sicherheitsgefühls in den letzten Jahren für die Befragten sinnvoll beantwortet werden kann. Die Zufallsstichprobe erfüllt höchste Anforderungen an Repräsentativität.

#### 2.2. Rücklauf

Mit 609 ausgefüllten Fragebögen war der Rücklauf der höchste bei Umfragen der Stadtverwaltung erreichte Wert. Auch für wissenschaftliche Zwecke wäre eine solche Quote hoch und mehr als ausreichend, um die Ergebnisse abzusichern. Die Fehlermarge bezogen auf 61.200 Erwachsene in Tübingen liegt bei 4%.

#### 2.3. Fragedesign

Ziel der Stadtverwaltung war ein Fragebogen, der möglichst schnell beantwortet werden kann und einfache, klar verständliche Fragen enthält. Das Erkenntnisinteresse richtet sich dabei nur auf das Sicherheitsgefühl, dessen Veränderung, mögliche Ursachen einer Veränderung und Gegenmaßnahmen.

Auf zahlreiche denkbare weitere Fragen und Differenzierungen wurde aus diesem Grund verzichtet. Lediglich Angaben zu Geschlecht und Alter wurden abgefragt, um Auswertungen nach diesen beiden Faktoren durchzuführen. Die Befragten haben keinerlei Verständnisfragen oder Anmerkungen zu den Fragen gemacht. Die hohe Rücklaufquote und die sehr eindeutige Ausprägung der Antworten sind aus Sicht der Stadtverwaltung ein Beleg für den Erfolg des Fragedesigns.

#### 2.4. Kritik am Fragebogen

Der Verwaltung sind seit der Veröffentlichung des Fragebogens zahlreiche Kritikpunkte bekannt geworden. Nachfolgend nimmt sie zu den wichtigsten Aspekten Stellung:

- *Das Sicherheitsgefühl sei generell kein sinnvoller Begriff für Befragungen.*  
Antwort: Das Gegenteil ist richtig. Die objektive Gefahr und deren Entwicklung weichen oft gravierend von deren Wahrnehmung ab. Die einzige Möglichkeit, das zu erkennen, sind Befragungen.
- *Das Sicherheitsgefühl sei eine irrelevante Größe, aus der sich nichts ableiten lasse.*  
Antwort: Für das Verhalten von Menschen ist allein ihre Wahrnehmung ausschlaggebend. Daher ist das subjektive Sicherheitsgefühl, zum Beispiel für die Nutzung öffentlicher Räume, sogar ausschlaggebend.

- *Die Verwendung des Begriffs „Dunkelheit“ wecke bei den Befragten bereits Unsicherheitsgefühle und verfälsche das Ergebnis.*  
Antwort: In nahezu allen Sicherheitsbefragungen wird der Begriff „Dunkelheit“ verwendet. So auch bei der letzten Befragung in Tübingen im Jahr 2000.
- *Die Frage 1 lasse offen, welche Bereiche der Stadt gemeint seien.*  
Antwort: Das ist richtig. Eine Beschränkung auf das jeweilige Wohngebiet, wie sie in Standardbefragungen üblich ist, hätte die relevante Frage, wie sicher die Menschen sich nachts in der Innenstadt fühlen, ausgeklammert. Eine Beschränkung auf die Innenstadt hätte wiederum nicht berücksichtigt, dass im letzten Jahr eine Reihe von Übergriffen auf Frauen außerhalb des Zentrums, zum Beispiel am UKT, stattgefunden hat.
- *Die Befragung definiere nicht hinreichend, welches Sicherheitsgefühl respektive welche Angst gemeint sein.*  
Antwort: Hierzu ist von keinem Befragten eine Unklarheit angemerkt worden. Das Anschreiben, der Inhalt von Frage 1 und der Kontext machen für jeden Leser hinreichend klar, dass nicht die Angst vor sozialem Abstieg oder Wohnungsverlust gemeint war, sondern die Sicherheit im öffentlichen Raum vor Übergriffen, also die so genannte Kriminalitätsfurcht. Dies explizit in den Fragen 2-5 nochmals zu erwähnen erscheint der Verwaltung zwar möglich, aber weiterhin nicht zwingend und wurde zum Erhalt der Verständlichkeit und Kürze der Fragen nicht berücksichtigt.
- *Frage 2 lasse offen, welcher Zeitraum mit den „letzten Jahren“ gemeint gewesen sei.*  
Antwort: Die Verwaltung hat bewusst die Formulierung „in den letzten Jahren“ gewählt, weil eine exakte Festlegung eines Zeitraums willkürlich gewesen wäre. Zudem hätte jeder exakte Wert, ob nun zwei, drei oder vier Jahre, die Befragten vor das Problem gestellt, einen vermutlich eher schleichenden Prozess einer Veränderung des Sicherheitsgefühls kalendarisch exakt zu verorten. Das ist ohne persönliche Aufzeichnungen gar nicht möglich. Die Verwaltung ist überzeugt, dass die Befragten unter den „letzten Jahren“ keinesfalls Zeiträume von einem Jahrzehnt oder mehr verstehen.
- *Frage 3 versuche das Sicherheitsgefühl unzulässig auf andere Menschen in der Stadt auszudehnen.*  
Antwort: Viele Menschen fühlen sich zwar selbst sicher, wissen aber, dass Familienangehörige oder Freunde eine andere Sicherheitseinschätzung haben. Die Fürsorge für das eigene Umfeld ist ein ernst zu nehmender Faktor für die Politik und zeigt die weitere Dimension des Problems auf.
- *Frage 4 nenne nicht alle möglichen Einflussfaktoren eines veränderten Sicherheitsgefühls.*  
Antwort: Das stimmt, es könnten auch weitere Faktoren abgefragt werden, aus Sicht der Verwaltung sind jedoch die politisch relevanten erfasst.
- *Frage 5 nenne nicht alle denkbaren Gegenmaßnahmen.*  
Antwort: Das ist richtig, aber die Verwaltung hat nach Maßnahmen gefragt, die strittig sind und rasch nutzbare kommunale Handlungsoptionen enthalten.

## 2.5. Aktuelle Sicherheitsbefragungen in anderen Städten

Die Städte Stuttgart und Heidelberg haben in den letzten Monaten ebenfalls Sicherheitsbefragungen durchgeführt. In beiden Städten wurden deutlich umfangreichere Fragebogen als in Tübingen verwendet. In Stuttgart hat dies allerdings dazu geführt, dass die Polizei den Ergebnissen inhaltlich widersprochen und die Presse sie als unbrauchbar eingestuft hat. In Heidelberg wurde ähnlich wie in Tübingen ein Rückgang des Sicherheitsgefühls festgestellt, allerdings durch Vergleich mit Daten der vorhergehenden Befragung aus dem Jahr 2009. Dort und in Freiburg hat das Land mit einer Sicherheitspartnerschaft reagiert und deutlich mehr Personal (In Freiburg 35 Stellen) für die Polizei bereit gestellt.

## 2.6. Wichtigste Ergebnisse

Aus Sicht der Verwaltung ist erfreulich, dass die große Mehrheit der Befragten die Sicherheitslage in Tübingen positiv bewertet. „Eher unsicher“ bis „sehr unsicher“ fühlen sich nur 32 % der Befragten. Bei den weiblichen Befragten ist der Wert erwartungsgemäß höher: 38 % fühlen sich eher unsicher, aber auch hier ist die Mehrheit auf der sicheren Seite.

Dieses große Sicherheitsgefühl steht in guter Übereinstimmung mit der polizeilichen Kriminalstatistik, nach der Tübingen gemessen nach seiner Einwohnerzahl zu den sichersten Städten im Land zählt. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich auch bei Dunkelheit sicher im öffentlichen Raum. Die Verwaltung hält die Freiheit der Menschen, sich zu jeder Zeit frei und sicher in der Stadt zu bewegen für einen großen Wert, den es zu erhalten gilt.

Die Validität der Daten zeigt sich auch in der Bestätigung bekannter Theoreme der Kriminalitätsforschung. Dazu zählt das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon: Die Angst, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, ist bei den am häufigsten betroffenen Gruppen, insbesondere jungen Männern, viel geringer als bei den relativ selten Betroffenen Gruppen, Frauen insbesondere höherer Jahrgänge. Maßgeblich für die Furcht ist nicht die statistische Häufigkeit, sondern die Einschätzung der eigenen Wehrhaftigkeit und der möglichen Folgen eines Übergriffs.

In den Daten der Befragung zeigt sich dies lehrbuchmäßig: Die Zahl der Männer zwischen 40 und 65, die sich sicher oder sehr sicher fühlen (52 Befragte), ist viermal größer als die Zahl der Männer, die sich unsicher oder sehr unsicher fühlen (12 Befragte). Bei den Frauen zwischen 40 und 65 ist das Verhältnis hingegen annähernd 1:1, nämlich 39 Befragte, die sich sehr unsicher oder unsicher fühlen gegen 41, die sich sicher oder sehr sicher fühlen.

Frage 2 ist aus Sicht der Verwaltung für politisches Handeln von besonderer Bedeutung. Da es keine Zeitreihen von Befragungen gibt, aus denen sich durch einen Vergleich ablesen ließe, ob sich die Sicherheitseinschätzung der Menschen in Tübingen verändert hat, wird hilfsweise die Erinnerung der Befragten untersucht. Das ist zwar weniger aussagekräftig als ein Zeitreihenvergleich, aber Tendenzaussagen können so durchaus ermittelt werden. Die Fragen waren offenbar auch hinreichend verständlich: von 609 Personen, die einen Fragebogen ausgefüllt haben, ließen nur zwei Personen die Frage 2 unbeantwortet, bei Frage 3 waren es sieben leere Antworten.

Entscheidend ist aus Sicht der Verwaltung das Verhältnis derjenigen, die eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls erlebt haben zu denen, die eine Verschlechterung wahrnehmen: 54,5 % haben eine leichte bis starke Verschlechterung erlebt, nur 5 % eine Verbesserung. 40,5 % geben an, keine Änderung wahrgenommen zu haben. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist hier anders als bei der absoluten Sicherheitseinschätzung nur marginal. Über alle Altersgruppen und unabhängig vom Geschlecht sagen etwa zehnmal mehr Befragte, die Lage habe sich eher verschlechtert als verbessert. Und das „in den letzten Jahren“. Aus Sicht der Verwaltung ist dies ein so eindeutiger Befund, dass die verbleibende methodische Unsicherheit keine Rolle mehr spielt. Es besteht Anlass, dem nachlassenden Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung entgegen zu wirken.

Dies wird durch die Antworten auf Frage 3 lediglich bestätigt. Hier zeigt sich, dass auch diejenigen, die sich selbst sicher fühlen und keine Veränderung ihres Sicherheitsgefühls erlebt haben, sehr wohl im Umfeld häufig eine Veränderung festgestellt haben. Über 82% der Befragten sind mehr oder weniger ausgeprägt der Auffassung, dass sich das Sicherheitsgefühl der Tübingerin und Tübinger verschlechtert hat. Auch wenn die Fragestellung eine gro-

ße Unschärfe zulässt, ist das Ergebnis so eindeutig und in Verbindung mit den Antworten zu Frage 2 so klar, dass an der Gesamtaussage kein begründeter Zweifel besteht: Das Sicherheitsgefühl in Tübingen hat sich spürbar verringert.

Ergänzend können die Ergebnisse der Befragung aus dem Jahr 2000 herangezogen werden. Die damals gestellte Frage lautete: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit in ihrer Wohngegend unterwegs sind?“ Weil nach der Wohngegend gefragt wurde, sind die Ergebnisse nicht direkt gleichzusetzen. Bemerkenswert ist dennoch, dass damals nur 9% der Befragten sagten, sie fühlten sich eher oder sehr unsicher. Wenn man hinzunimmt, dass die Befragten auf eine weitere Frage antworteten, dass sie sich im eigenen Wohnviertel weniger sicher fühlten als in der Innenstadt, ist der Abstand zu aktuell 32% in den Kategorien eher / sehr unsicher doch bemerkenswert.

Was hat den Rückgang des Sicherheitsgefühls verursacht? Frage 4 versucht hier zwischen eigenen Erlebnissen, dem persönlichem Umfeld, klassischen Medien und Social Media eine grobe Differenzierung der Einflussgrößen zu ermitteln. Prozentwerte sind hier noch weniger ausschlaggebend als bei den Fragen 1-3. Die Tendenz ist jedoch eindeutig: Die oft hysterischen und maßlos übertriebenen Meldungen in den Social Media spielen nahezu keine Rolle. Hingegen sind Berichte in Radio, Fernsehen und Presse für zwei Drittel der Befragten ein Einflussfaktor, eigene Erlebnisse immerhin für die Hälfte. Zählt man Erlebnisse von Familienmitgliedern hinzu, sind die direkten Erlebnisse für 58% der Befragten relevant und damit so stark wie die Medien. Angesichts der zweifellos anerkanntswerten Bemühungen der örtlichen Presse und der hiesigen Medien um eine ausgewogene, differenzierte Berichterstattung zu Kriminalität lässt sich aus diesen Antworten eine Tendenz hinreichend klar ableiten: Das veränderte Sicherheitsgefühl der Tübingerinnen und Tübinger ist nicht durch hysterische Übertreibung geprägt, sondern beruht auf eigenen Wahrnehmungen und seriösen Beschreibungen der Lage. Dafür spricht auch, dass die Antworten auf Frage 1 insgesamt ein sehr positives Bild von der Sicherheitslage in Tübingen zeichnen.

Die Summe der Ergebnisse zu Frage 1 bis 4 ist in einem Satz zusammen gefasst. Es gibt gute Gründe, mehr für das Sicherheitsgefühl der Menschen in Tübingen zu tun als bisher. Frage 5 gibt erste Hinweise, welche Maßnahmen dafür geeignet sein könnten.

Unter allen Befragten steht an erster Stelle mit über 75% Zustimmung eine bessere Beleuchtung von Gehwegen, gefolgt von mehr Polizei mit über 60%. Knapp unter 50% sind für Videoüberwachung in kritischen Bereichen, mit 34% ist die Zustimmung zu Alkoholverboten am geringsten. Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man nur die Befragten betrachtet, die sich eher unsicher fühlen (Stufe 1-3 zu Frage 1). Von diesen 196 Befragten sind 83% für mehr Polizei, 74 % für bessere Beleuchtung, 68% für Videoüberwachung, aber ebenfalls nur 35% für Alkoholverbote. Aus Sicht der Verwaltung sind diese Daten entscheidend, weil sie die Wahrnehmung derjenigen Menschen spiegeln, die sich für besonders verletzlich halten.

## 2.7. Verbindung zwischen gefühlter Sicherheit und Kriminalitätsstatistik

Nach den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik hat sich die Sicherheitslage in Tübingen in den letzten Jahren nicht relevant verschlechtert. Die deutliche Zunahme der Strafanzeigen wegen sexueller Belästigung geht teilweise auf die verschärfte Gesetzeslage zurück und ist daher nur bedingt aussagekräftig. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt ist jedoch seit 2015 eine deutliche Zunahme der Übergriffe im öffentlichen Raum feststellbar. Daran hatten wenige Serientäter einen maßgeblichen Anteil. Derartige Ereignisse erregen

wesentlich mehr Aufmerksamkeit als andere Formen von Kriminalität und sind daher für eine Zunahme der Kriminalitätsfurcht eine plausible Erklärung.

Auch Veränderungen, die sich kaum oder gar nicht in der Kriminalitätsstatistik ablesen lassen, können sehr deutlichen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben. So ist der Verwaltung aus vielen Rückmeldungen aus der Bevölkerung bekannt, dass die Anwesenheit einer größeren Gruppe von jungen Männern, die häufig beim Anbieten von Drogen beobachtet wurden, für viele Menschen ein Unsicherheitsgefühl im alten Botanischen Garten entstehen ließ. Ebenso wirken Gruppen junger Männer, die sich dauerhaft ohne erkennbaren Grund im Bahnhofsbereich aufhalten, auf viele Menschen verunsichernd. Solche Phänomene haben in den letzten Jahren zugenommen.

Es besteht also eine hinreichende Verbindung von real zu beschreibenden Veränderungen im öffentlichen Raum und der Veränderung des Sicherheitsgefühls der Menschen in der Stadt. Aus diesem Grund ist es nicht ausreichend, die insgesamt gute Sicherheitslage alleine in den Vordergrund zu stellen. Es ist notwendig, auf die realen und gefühlten Veränderungen einzugehen.

### 3. Vorgehen der Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung belegt die Befragung zweifelsfrei einen Handlungsbedarf. Die Menschen in Tübingen verlieren einen Teil ihres bisher sehr großen Sicherheitsgefühls. Dem muss entgegen gewirkt werden. Zu unterscheiden ist hier zwischen Maßnahmen, die objektiv zur Verbesserung der Sicherheit beitragen und Maßnahmen, die primär das Sicherheitsgefühl der Menschen verbessern.

#### 3.1. Alkoholverbote im öffentlichen Raum

Für Alkoholverbote im öffentlichen Raum gilt, dass sie eine sehr effektive Maßnahme zur Verbesserung der objektiven Sicherheit sind. Diese ist in Tübingen aber nach wie vor hoch, so dass kaum akuter Handlungsbedarf besteht. Als Maßnahme zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls finden Alkoholverbote aber so wenig Zustimmung, dass die Verwaltung vorerst davon absehen wird, von dieser neuerdings möglichen Maßnahme Gebrauch zu machen.

#### 3.2. Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes

Mehr Polizei im öffentlichen Raum dient der objektiven und der subjektiven Sicherheit. Die Stadtverwaltung hat bereits beim Land schriftlich auf mehr Polizeiunterstützung hingewirkt und ist zuversichtlich, dass diese gewährt wird. Eine Sondereinsatzgruppe der Polizei war auf Bitten der Stadtverwaltung zum Jahreswechsel in Tübingen eingesetzt und konnte dazu beitragen, die große Unsicherheit stiftende Serie von nächtlichen Übergriffen eines Grap-schers zu beenden und den Täter zu fassen.

Ein Einflussbereich der Stadt ist die Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes mit Personal. Der Gemeinderat hat mit dem Haushalt 2018 eine Aufstockung um zwei auf sechs Stellen beschlossen. Das Besetzungsverfahren läuft. Ein weiter gehender Antrag der Fraktion AL/Grüne, insgesamt vier Stellen zu schaffen, wurde nicht beschlossen. Die Verwaltung hält ein sichtbares Signal für mehr Präsenz von Ordnungskräften nach den Ergebnissen der Befragung für die wichtigste Reaktion. Daher wird die Verwaltung versuchen, die Zahl der Mitarbeiter des KOD rasch auf acht Personen zu verdoppeln, zunächst durch die Schaffung

von zwei weiteren Stellen (werden im Vorgriff auf den Stellenplan 2019 schon 2018 ausgeschrieben und besetzt, wenn dem der Gemeinderat nicht widerspricht).

### 3.3. Bessere Beleuchtung

Die große Zustimmung für bessere Beleuchtung nimmt die Verwaltung zum Anlass, fünf konkrete Projekte verstärkt voran zu treiben:

- Neue Beleuchtung für den botanischen Garten
- Neugestaltung des Anlagenparks und erstmalige Einrichtung einer guten Beleuchtung
- Neugestaltung des Busbahnhofs
- „Licht nach Bedarf“ zur umweltfreundlichen Verbesserung des Sicherheitsempfindens
- Schnelle Reparatur ausgefallener Straßenbeleuchtung

Die Einführung von Licht nach Bedarf (siehe Vorlage 181/2018) erlaubt es, den Strombedarf zur Ausleuchtung nur wenig benutzter Gehwege drastisch zu reduzieren. Der bisherige Konflikt, nur zu hohen Kosten für den Haushalt und die Umwelt, solche Gegenden gut ausleuchten zu können, wird damit aufgelöst.

In das Konzept „Licht nach Bedarf“ sollen auch die Schulhöfe und die Bereiche um Sporthallen mit einbezogen werden. Insbesondere im Bereich der Schulen und Sporthallen der Uhlandstraße, im Schulzentrum Feuerhägle und an der GSS können besserer Beleuchtungen zu einem höheren Sicherheitsstandard beitragen. Auch der Weg von den Schulen der Uhlandstraße durch die Jahnallee zur Paul-Horn-Arena könnte durch eine bessere bedarfsbezogene Beleuchtung gerade in den Wintermonaten sicherer gestaltet werden.

Wegen zunehmend häufiger Beschwerden wird die Stadtverwaltung mit den Stadtwerken vereinbaren, künftig defekte Lampen wieder einzeln und möglichst schnell zu tauschen (siehe Vorlage 181/2018). Die nach der Finanzkrise 2010 eingeführte Praxis, zur Verringerung der Kosten nur ganze Straßenzüge zu tauschen und einzelne Defekte über einen längeren Zeitraum zu tolerieren, erweist sich vor dem Hintergrund der Befragung als nicht angemessen. Mit der Umstellung auf LED-Technik, die wesentlich langlebiger ist, kann auch das Problem von dunklen Ecken durch defekte Straßenlaternen deutlich verringert werden.

### 3.4. Videoüberwachung

Die erstaunlich hohe Zustimmung zur Videoüberwachung in kritischen Bereichen ist aus Sicht der Verwaltung ein Grund, diese Maßnahme nun auch in Tübingen einzuführen. Videoüberwachung unterliegt in der Bewertung einem gesellschaftlichen Wandel. Angesichts der stetig wachsenden Überwachungsichte durch Datenkonzerne im Hinblick auf Aufenthaltsorte und soziale Interaktion ist der Eingriff durch Videokameras heute sehr viel geringer zu bewerten als vor 20 Jahren. Vereinfacht gesagt ist der Zuwachs an Sicherheit, den Kameras zum Beispiel für den öffentlichen Nahverkehr bedeuten, mittlerweile deutlich größer einzuschätzen als der Verlust an Sicherheit vor Überwachung durch den Staat.

Aus Sicht der Verwaltung sollte geprüft werden, in welchem Umfang Videoüberwachung zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls am neuen Busbahnhof zum Einsatz kommen kann. Die Verwaltung wird die Entwicklung der Praxis und der Rechtsprechung zur Verhältnismäßigkeit von Videoüberwachung beobachten. Besonders interessant werden die Erfahrungen der Stadt Mannheim sein, die derzeit mehr als 70 Kameras im Stadtzentrum installiert im Rahmen eines Pilotprojektes, das von Polizei und Innenministerium begleitet wird. Zu beachten ist dabei, dass eine lernende Software eingesetzt wird, die Videoaufnahmen nur

dann startet, wenn Verhaltensmuster der sich dort aufhaltenden Personen eine Gefahrensituation vermuten lassen.

### 3.5. Präventive Maßnahmen

Nicht Gegenstand der Befragung waren präventive Maßnahmen. Diese sollen weiter ausgebaut werden. Projekte wie "Arbeitet Uli heute?", Gewaltpräventionsmaßnahmen in schulischen und außerschulischen Kontexten; Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungsangebote für Mädchen und Frauen und Stärkung von Sozialarbeit und Sozialbetreuung, sind aus Sicht der Verwaltung ein wichtiger Bestandteil, um das Sicherheitsgefühl in der Stadt wieder zu verbessern. Ebenso wichtig ist es, der besonders im öffentlichen Interesse stehenden Gruppe der allein stehenden jungen Männer mit Asylbewerberstatus Perspektiven zu geben, sie über strafbares Verhalten in Deutschland und die Rolle der Geschlechter zu informieren. Durch Wohn- und Sozialbetreuung sowie das Integrationsmanagement wirkt die Verwaltung präventiv hin auf eine gelingende Integration geflüchteter Menschen. Ein Schwerpunkt ist dabei auch die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit und die Vermittlung von weiteren Möglichkeiten für eine gelingende Teilhabe am sozialen Leben in der Stadt. Hier spielt die Zusammenarbeit mit den Unterstützernetzen und freien Trägern sowie die gezielte Förderung geeigneter präventiver Projekte eine wichtige Rolle.

Mit Blick auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind weitere präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die Sicherheit junger Menschen objektiv verbessern als auch deren Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen.

### 3.6. Konzept zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und zur Förderung grenzachtenden Umgangs

Mit der Bereitstellung von Mitteln für die Prävention sexualisierter Gewalt (s. Vorlage 821/2017) werden Konzepte von Schulen und Institutionen der außerschulischen Jugendbildung unterstützt, im Rahmen derer Kinder und Jugendliche gestärkt und informiert werden, damit sie Risiken schnell und frühzeitig erkennen und Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreifen können. Des Weiteren gehört zu dieser Präventionsarbeit auch die Förderung eines respektvollen und Grenzen achtenden Umgangs miteinander.

### 3.7. Präventionsstrategie Communities That Care (CTC)

Bei der anstehenden Einführung und Umsetzung der ganzheitlichen Präventionsstrategie Communities That Care – CTC (s. Vorlage 338/2017) werden Themen wie Gewalt, Kriminalität und problematischer Substanzkonsum, die mit dem Thema Sicherheit stark verbunden sind, in den Blick genommen und gezielt präventive Maßnahmen umgesetzt werden. Dadurch sollen vor allem positive Bedingungen des Aufwachsens in unserer Stadt gefördert werden.

### 3.8. Mobile Jugendarbeit

Die Mobile Jugendarbeit ist in der Tübinger Innenstadt ein relevanter Akteur in der aufsuchenden Arbeit im öffentlichen Raum. Mit ihrem direkten und niederschweligen Zugang zu den jungen Menschen im öffentlichen Raum kann sie präventiv und konfliktregulierend wirken. Eine Stärkung dieser Arbeit scheint daher auch im Sinne der weiteren Verbesserung der Sicherheit und der Bedingungen für die Entwicklung der jungen Menschen in Tübingen sinnvoll und wurde von der wissenschaftlichen Begleitung der in 2017 durchgeführten Exploration empfohlen (s. Vorlage 58/2018).



### 3.9. Sozialarbeit an Tübinger Grund- und Gemeinschaftsschulen und Gymnasien

Ein wichtiger Baustein für ein umfassendes Sicherheitskonzept liegt bei Kindern und Jugendlichen auch in der Schulsozialarbeit. Folgende Inhalte und Themen sind grundlegende Pfeiler der Schulsozialarbeit. Sie stehen sowohl in einer konkreten Konfliktsituation als auch als präventives Angebot im Zentrum der fachlichen Arbeit:

- Umgang mit Konfliktkultur
- Kommunikation und Cybermobbing, Mobbing
- Streitschlichtung, Mediation und Opfer-Täter-Ausgleich
- Mobbing-, Gewalt- und Suchtprävention
- Durchführung von Präventionsangeboten mit Polizei und Vereinen z.B. Selbstverteidigungsangebote, etc.
- Einzelfallhilfen (auch in Krisenfällen) in Kooperationen mit der Jugendhilfe

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung dem Gemeinderat ein schlüssiges Konzept zum Ausbau der Schulsozialarbeit an den Grundschulen in den Teilorten sowie zur personellen Verstärkung an den Gymnasien zum Haushalt 2019 vorlegen. Dass dies geboten erscheint, zeigt auch der Hinweis in der aktuellen Kriminalstatistik, wonach die Gewalt an den Schulen in Deutschland deutlich zugenommen hat.

### 4. Lösungsvarianten

Es könnten andere als die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen ergriffen werden.

### 5. Finanzielle Auswirkungen

Für zwei zusätzliche Stellen im KOD können bei zügiger Besetzung im Jahr 2018 noch Kosten für sechs Monaten entstehen. Dies entspricht einer Haushaltsbelastung von ca. 53.000 Euro. Die Mittel werden im Verwaltungshaushalt durch Umschichtungen bereitgestellt.

Für die Verkürzung der Austauschzeit defekter Lampen fallen jährliche Mehrkosten in Höhe von bis zu 50.000 Euro an. In 2018 soll dies über die zu Verbesserung der Beleuchtungssituation auf der Haushaltstelle 2.6700.9600.000-0101 Straßenbeleuchtung „Erweiterung und Erneuerung“ Gelder in Höhe von 50.000 Euro finanziert werden.

Die Kosten für die verstärkte Prävention können derzeit noch nicht konkret beziffert werden. Diese werden nachgereicht.